

Werbung

01.12.2025 • 41

Johannes Winkel

Union dürfe „nicht zum wiederholten Male in Vorleistung gehen“: JU-Chef bekräftigt Nein zum Rentenpaket

Johannes Winkel, Vorsitzender der Jungen Union, kündigt an, gegen das von der Bundesregierung vorgelegte Rentenpaket zu stimmen. Die stete Hoffnung auf die „Reformbereitschaft der SPD“ sei verfehlt.

Von Redaktion



Johannes Winkel bekräftigt sein Nein zum Rentenpaket (IMAGO/Chris Emil Janßen)

Johannes Winkel, Vorsitzender der Jungen Union und Mitglied der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hat via X sein Nein zum Rentenpaket von Friedrich Merz und der von ihm geführten Bundesregierung bekräftigt. In einem

angehängten Dokument erklärt Winkel dann noch: „Warum ich das Rentenpaket ablehnen werde“.

Demzufolge habe er den Bundesvorstand bereits in Kenntnis gesetzt, dass er in der entscheidenden Abstimmung am Freitag das Gesetz ablehnen werde. Er habe sich die Entscheidung nicht leicht gemacht. Seine Entscheidung sei jedoch das „Ergebnis eines intensiven Abwägungs- und Entscheidungsprozesses der letzten Wochen“.

Werbung

Deutschland sei ein dringend reformbedürftiger Staat. Der demographische Wandel stelle die Bundesrepublik vor erhebliche Herausforderungen, der auf „präzedenzlose Weise auf die Staatsfinanzen durchschlagen wird“. Weiter erklärt er: „Generationengerechtigkeit erfordert endlich Sachentscheidungen statt Symbolpolitik“. Für seine Ablehnung führt er zwei Gründe an.

Zum einen dürfe die Union gegenüber dem Koalitionspartner nicht schon wieder „in Vorleistung gehen“. Die stete Hoffnung auf die „Reformbereitschaft der SPD“ sei zweifelhaft. Dies habe nicht zuletzt der Auftritt der amtierenden Sozialministerin und SPD-Co-Chefin Bärbel Bas bewiesen. Ihre Rede vom „Kampf gegen die Arbeitgeber“ sei eine „ehrliche und klare Absage an Reformen im Sinne einer sich erholenden Wirtschaft“.

Werbung

Als zweiten Grund führt Winkel die Sorge an, dass die Schuldenbremse zukünftig völlig abgeschafft werden müsste, da aus dem regulären Haushalt schlicht nicht mehr genügend Mittel aufgetrieben werden können. Zudem drohe der Haushalt durch im Voraus zugesicherte Ausgaben mehr und mehr zu „versteinern“. Schlussendlich erklärt er: „Die weiter fortschreitende Entkopplung des Sozialstaats von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist ein grundlegender Fehler“.

LESEN SIE AUCH:
